

Herr Bösking erteilt Herrn Volker Umann das Wort. Dieser schildert nochmals die Situation nach den Starkregenfällen der letzten Jahre. Weiterhin geht er auf die mit den Straßenanwohnern geführten Gespräche ein, wobei die ersten im östlichen Straßenbereich wohnenden Anwohner einen Ausbau der Straße nicht wünschen. Er beantragt daher die Zustimmung zu Straßenausbau in Eigenregie in einfacher Ausbauweise bis ca. 70m vor der Einmündung in die Kalkstraße. Hierbei ist natürlich eine vernünftige Wasserführung zu berücksichtigen. Herr Bösking fragt nunmehr Herrn Bürgermeister Patt, ob ein Ausbau in Eigenregie hier überhaupt durchführbar sei.

Herr Patt hält diese Möglichkeit nicht für unbedingt durchführbar, da nicht alle Anwohner des Heiderweges dem Eigenausbau bisher zugestimmt haben.

Herr Schlein erklärt, dass aus Sicht der Verwaltung ein Ausbau nur als Komplettlösung möglich ist. Die Straße müsse daher von der Kalkstraße bis zur Überdorfstraße ausgebaut werden. Ob dies nun in Eigenregie oder durch die Gemeinde Eitorf erfolge, sei gesondert zu klären.

Herr Viehof verweist in diesem Zusammenhang auf die Installation einer Straßenlampe im Bereich der Kalkstraße/Ecke Heiderweg hin, welche bei Lindscheider Bürgern zu Verärgerung im Vorfeld der letzten Kommunalwahl führte.

Herr Patt weist nochmals darauf hin, dass bei dem Bestreben, den Heiderweg in Eigenregie auszubauen, alle Anwohner hierzu ihre Zustimmung erteilen müssen und schlägt vor, zunächst die Betroffenen im Rahmen einer Bürgeranhörung zu informieren.

Herr Windscheif hofft auch wegen der entstehenden Kosten auf eine Ausführung in Eigenregie.

Herr Weber weist darauf hin, dass bei einer Bürgerinformation die Kosten noch nicht ermittelt sind und nur auf bisherige vergleichbare Straßenbaukosten zurückgegriffen werden kann.

Herr Bösking verweist bezüglich des Straßenausbaus in diesem Zusammenhang auch auf den Verwaltungsaufwand und die Bürgeranhörungen bei anderen Straßenausbauprojekten und deren negativen Ausgang, da nicht alle Anwohner zu Ausbau ihrer Straße bereit waren. Er ist hier der Meinung, dass man auch gegebenenfalls einmal gegen einzelne Anwohner eine Ausbauentcheidung treffen muss.

Beschluss-Nr. Die Verwaltung wird beauftragt, in etwa die Ausbaurkosten zu ermitteln und danach eine Bürgerinformation durchzuführen. Der Ausschuss ist danach erneut mit dem Thema zu befassen.  
XI/19/181

Abstimmungs- Einstimmig  
Erg.: